

Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth:

Auschwitz darf nie wieder möglich werden

Am 27. Januar 1945 wurden die Häftlinge des Vernichtungs- und Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau von sowjetischen Truppen befreit. Auschwitz steht stellvertretend für alle anderen Vernichtungslager, die vor fünfzig Jahren befreit wurden.

Mehr als anderthalb Millionen Menschen, vor allem mehr als eine Million Juden, auch Sinti und Roma, Polen, Russen und andere, wurden in Auschwitz ermordet.

Am Tag der Befreiung war das Lager selbst längst geräumt. Noch im Januar 1945 wurden fast 60.000 Menschen aus Auschwitz herausgeführt und in grauenvollen Todesmärschen oder später in Bergen-Belsen ermordet. Zurückgeblieben waren nur wenige tausend Häftlinge, die nicht mehr transportfähig waren, und selbst für sie mußte das Wort „Befreiung“ wie Hohn klingen. Sie waren Skeletten ähnlicher als Menschen, unvorstellbar abgemagert, hatten den sicheren Tod über Monate durchlebt.

Wer nicht selbst Häftling war, wird kaum ermessen können, welche Qualen diese Menschen haben erdulden müssen. Der italienische Schriftsteller Primo Levi hat Auschwitz überlebt. Wir verdanken ihm die bewegendsten Zeugnisse der Trauer über die Zerstörung des Humanen, aber auch die bewegendsten Aufrufe zur Achtung der Menschenwürde. Er wollte sich befreien, indem er schrieb. Doch hat

(Fortsetzung Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Beschäftigung

Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit: Die Maßnahmen werden zu rund 180.000 Einstellungen führen. Seite 4

● Katastrophenhilfe

Steuererleichterungen bei Hochwasserschäden. Seite 6
Manfred Kanther dankt dem THW für dessen selbstlosen Einsatz. Seite 8

● Sozialdemokraten

Fall Wienand: Johannes Rau taucht immer dann ab, wenn es ernst wird. Seite 9

● SED/PDS

Parteitag in Berlin probt die Wende. Aber: Sonderlich glaubwürdig wirken Abkehr und Aufbruch nicht. Seite 11

● Kommunalfinanzen

Horst Waffenschmidt: Die Gemeindefinanzreform ist eine historische Chance für Städte und Gemeinden. Seite 15

● DDR-Diktatur

Rupert Scholz: „Amnestie“ heißt Verdrängung. Seite 19

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Die Mahnung dieses Ortes darf nie verlorengehen

Zum 50. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl:

Am 27. Januar 1945 befreiten Einheiten der Roten Armee das Vernichtungslager Auschwitz. In Auschwitz wurde das dunkelste und schrecklichste Kapitel der deutschen Geschichte geschrieben. Das von den Nationalsozialisten 1940 errichtete Lager wurde für Millionen unschuldiger Kinder, Frauen und Männer aus verschiedenen Völkern und Religionsgemeinschaften zur Stätte einer systematischen Massenvernichtung von Menschen.

Auschwitz ist heute vor allem Inbegriff des nationalsozialistischen Rassenwahns und des Völkermordes an

den europäischen Juden, der in seiner kalten Planung und verbrecherischen Ausführung ohne Beispiel in der Geschichte ist. Was dort geschah, führt uns den Abgrund des Bösen vor Augen, zu dem Menschen in der Lage sind.

Für das Leben eintreten

Die Mahnung dieses Ortes darf nie verlorengehen. Sie verpflichtet uns alle, immer und überall für das Leben, die Würde, das Recht und die Freiheit jedes einzelnen Menschen einzutreten. Es gehört zu unseren vornehmsten Aufgaben, diese Einsicht an die nachwachsenden Generationen weiterzugeben, damit die schrecklichen Erfahrungen der Vergangenheit sich niemals wiederholen.

(Fortsetzung von Seite 1)

er sich Jahrzehnte nach dieser „Befreiung“ das Leben genommen, gestorben an der „Brandwunde der Erinnerung“: Frei und doch nicht zum Leben befreit. Der Selbstmord Levis macht uns Ambivalenz, Konflikthaftigkeit und Tragik dessen bewußt, was wir „Befreiung“ nennen.

Und was wissen wir von den traumatischen Belastungen jener, die den Holocaust überlebt haben? Das Verbrechen von Auschwitz ist mit nichts vergleichbar.

Ende der Schreckensherrschaft

Es läßt sich nicht begreifen, nicht bewältigen. So qualvoll sich diese Befreiung

vollzog — für Millionen Opfern kam sie zu spät, aber mit ihr nahte das Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft. Auschwitz war somit der Anfang der Befreiung für uns alle, aller Deutschen, ja der Menschheit, von der nationalsozialistischen Barbarei. Inmitten der Barbarei keimte neue Hoffnung auf Menschlichkeit.

Die Erinnerung an diese Befreiung macht nur Sinn, wenn aus der Erinnerung ein Wissen wächst, das zum Gewissen wird, wenn verpflichtender Auftrag und Chance wahrgenommen werden: Die Chance zu einem anderen Deutschland, einem demokratischen, friedfertigen

Deutschland, in dem Freiheit, Toleranz, Solidarität, Achtung der Menschenwürde gelebt werden.

Wir haben die Chance genutzt

Wir haben diese Chance nach 1945 erhalten, und wir haben sie genutzt. Vergessen wir nicht: Die Befreiung von Auschwitz gab die Chance zu dem, was wir seither in Deutschland und in Europa aufbauen konnten. Setzen wir es nicht aufs Spiel.

Und sind wir uns bewußt, was es bedeutet, daß wir dieses Gedenken nach fünfzig Jahren gemeinsam im vereinten Deutschland begehen können. Wir Deutsche haben bei der Wiedervereinigung versichert, daß wir auf Grund unserer Vergangenheit in besonderer Weise verpflichtet sind, auf eine demokratische Entwicklung in Deutschland auf der Grundlage der Achtung der Menschenwürde und gerichtet auf die Wahrung des Friedens zu achten.

Denken wir daran: Es waren die Befrei-

ten, viele von ihnen, die schwerste Verfolgung erlitten hatten, die sich mit voller Kraft einsetzten für ein demokratisches, ein den Werten der Aufklärung verpflichtetes europäisches Deutschland. Der schwierige Neuanfang, der Brückenschlag zwischen Juden und Deutschen, er wurde nur möglich, weil Juden, die unvorstellbares Leid erfahren hatten, die ungeheuere menschliche Leistung erbrachten, uns die Hand zum Neuanfang zu reichen.

Immerwährender Auftrag

Wer die Spuren von Auschwitz auslöschen will, wer Auschwitz und die Opfer leugnet, macht sich an ihnen schuldig, löscht die Existenz von Millionen Ermordeten aus und nimmt ihnen über den Tod hinaus ihre Würde. Wir sind aufgefordert, zur besonderen Wachsamkeit und Entschiedenheit. Freiheit ist niemals ungefährdet. Daran mitzuarbeiten, daß Auschwitz nie wieder möglich wird, bleibt immerwährender Auftrag an uns.

Auschwitz

Der Name des Vernichtungslagers Auschwitz ist zu einer Chiffre für das schlechthin Unfaßliche geworden. Die wahnsinnige Untat, die dort geschehen ist, läßt sich, wie Dolf Sternberger 1988 in einer Auseinandersetzung mit den Thesen Ernst Noltes, in dieser Zeitung geschrieben hat, „nicht verstehen, sie läßt sich nur berichten“. Das elementare, das metaphysische Entsetzen, das jeden erfassen muß, der auf dieses Ereignis sieht, erklärt zumindest eines: jede, auch die würdigste Art, über Auschwitz zu reden, jeder Aufruf, aus dem Unfaßlichen zu lernen, führt unweigerlich zur Sprachlosigkeit.

Das Gedenken an Auschwitz wachzuhalten, damit sich das Entsetzliche

nicht wiederhole, ist eine Forderung an jedermann. Die Bilder der Vernichtungslager, die fast jeder gesehen, die Berichte aus der Hölle, die fast jeder gelesen hat, lassen sich nicht auslöschen; wer sie verdrängt oder leugnet, der ist auch nicht zu erreichen in Mahnstunden, an Gedenktagen oder in Museen. Von diesen wenigen Unerreichbaren abgesehen, ist Auschwitz dem Geschichtsbewußtsein der Deutschen wie ein Kainsmal eingebrannt. Aber jede politische Forderung, die sich daraus ableiten ließe und sich immer auf einen konkreten Fall beziehen müßte, wäre schon strittig, weil auf ewig im Streit bleiben muß, ob sich ein anderer konkreter Fall je auf Auschwitz beziehen läßt.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit

Die Maßnahmen werden zu rund 180.000 Einstellungen führen

Am 25. Januar sind Repräsentanten von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften zu einem „Gespräch zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland und für mehr Beschäftigung“ unter Vorsitz von Bundeskanzler Helmut Kohl zusammengetroffen. Die Teilnehmer waren sich einig, daß mit diesem Treffen ein Gesprächsprozeß eingeleitet werden soll.

Im Mittelpunkt des ersten Gespräches standen Maßnahmen zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit und zur Verbesserung des Innovationsklimas in Deutschland.

Aus der Wirtschaft nahmen der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Olaf Henkel, der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Klaus Murmann, der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Heribert Späth, sowie der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Hans Peter Stihl, an dem Gespräch teil. Auf seiten der Gewerkschaften beteiligten sich der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Dieter Schulte, der Vorsitzende der Deutschen Angestelltengewerkschaft Roland Issen, der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall Klaus Zwickel, der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik Hermann Rappe, und der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr Wolfgang Warburg. Außerdem nahmen die Minister Blüm, Bohl, Rexrodt und Rüttgers an dem Gespräch teil.

Bundesregierung und Sozialpartner wollen bei der Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit verstärkt zusammenwirken. Es wurde verabredet:

- Die Bundesregierung wird sich in den parlamentarischen Beratungen zum Haushalt 1995 für die Verlängerung des Programms zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt einsetzen. Mit Hilfe dieses Programms konnten bisher 130.000 längerfristig Arbeits-

Ein gutes Ergebnis

Dieter Schulte, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, am 26. Januar vor der Bundespressekonzferenz:

Dieses Gespräch war ein Erfolg. Es waren die richtigen Themen. Es war eine konstruktive Atmosphäre, und es sind brauchbare Ergebnisse. Meine Einschätzung, daß die wirtschaftliche Lage und die politische Konstellation in Bonn für beschäftigungspolitische Verabredungen günstig sind, hat sich bestätigt.

lose wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden. Das Programm soll bis 1999 verlängert werden. Davon werden insgesamt rund 180.000 Einstellungen erwartet.

- Die Bundesanstalt für Arbeit soll ihre Vermittlungsbemühungen und ihre Arbeitsförderungsleistungen noch stärker als bisher auf Langzeitarbeitslose ausrichten. Neue Wege der Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Beschäfti-

Zielgenau einsetzen

Zur Entscheidung der Bundesregierung, das Programm zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen zu verlängern, erklärte Bundesfrauenministerin Claudia Nolte:

Von der schwierigen Situation auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt sind vor allem Frauen betroffen. Immer noch sind 65 Prozent der Arbeitslosen Frauen (Dezember 1994). Insbesondere hat sich bei einer im Vergleich zu den Männern deutlich niedrigeren Weiterbeschäftigungschance für

Frauen sehr schnell Langzeitarbeitslosigkeit aufgebaut: 77 Prozent aller Langzeitarbeitslosen (länger als ein Jahr arbeitslos) sind inzwischen Frauen. Vor allem ihnen wird daher die Verlängerung des Langzeitarbeitslosenprogramms zugute kommen.

Bei dem Einsatz dieser Mittel muß die Bestimmung im Arbeitsförderungs-gesetz § 2 Nr. 5 „Frauen sollen entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen gefördert werden“ gezielt umgesetzt werden. Um dies zu erreichen, müssen die Mittel zielgenau eingesetzt und auch nach regionalen Besonderheiten vergeben werden.

gungsprozeß, wie zum Beispiel das START-Modell, sollen verstärkt genutzt werden, um bestehende Hemmschwellen und Vorurteile gegenüber längerfristig Arbeitslosen abzubauen.

- Die einsetzende Wiederbelebung am Arbeitsmarkt darf nicht an den Langzeitarbeitslosen vorbeigehen. Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und Bundesregierung werden sich gemeinsam dafür einsetzen, längerfristig Arbeitslosen bei Neueinstellungen eine faire Chance zu geben.

- Die Tarifpartner sollten verstärkt darauf achten, die Instrumente der Tarifpolitik zur Erleichterung der Einstellung von Langzeitarbeitslosen zu nutzen.

Alle Teilnehmer stimmten darin überein, daß ein ständiger Prozeß der Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft unabdingbar ist, um im internationalen Wettbewerb bestehen sowie Arbeitsplätze in Deutschland sichern und neu schaffen zu können. Um den notwendigen Innovationsprozeß zu erleichtern und unnötige Friktionen zu vermeiden, wurde u. a. Übereinstimmung über folgende Punkte erzielt:

- Es sollen beim Bundesminister für

Wirtschaft weitere branchenbezogene Dialoge aufgenommen werden.

- Verbessert werden soll die Zusammenarbeit mit dem Ziel, den Wettbewerb zu stärken, Innovations- und Investitionshemmnisse in Gesetzen, Verordnungen sowie in der Verwaltungspraxis frühzeitig zu erkennen und Fehlentwicklungen und Bürokratisierung zu vermeiden. Die hierauf gerichteten Bemühungen werden von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften nachdrücklich unterstützt.

- Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften werden bei Unternehmensleitungen und Betriebsräten dafür werben, aktiv an den „Tagen der Forschung“ der Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sowie an der „Initiative zur Verbesserung des Innovationsklimas“ von BDI und DIHT mitzuwirken. Die Bundesregierung sagte ebenfalls ihre Unterstützung zu.

Ferner wurde die berufliche Bildung angesprochen. Die Beteiligten waren sich einig, daß alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um allen jungen Menschen auch im kommenden Ausbildungsjahr eine Lehrstelle anbieten zu können. ■

Steuererleichterungen bei Hochwasserschäden

Zu Steuererleichterungen wegen der Hochwasserschäden der letzten Tage erklärte der Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Das Hochwasser hat zahlreichen Bürgern und Betrieben außergewöhnliche Schäden zugefügt. Aufgrund einer mit dem Bundesminister der Finanzen getroffenen Rahmenregelung haben die obersten Finanzbehörden der Länder die Möglichkeit, den Geschädigten durch steuerliche Maßnahmen zur Vermeidung von unbilligen Härten entgegenzukommen.

Zu den wichtigsten Möglichkeiten für Steuererleichterungen gehören:

● **Steuerstundung, Anpassung von Vorauszahlungen**

Die unmittelbar und nicht unerheblich Betroffenen können innerhalb einer von der obersten Landesfinanzbehörde zu bestimmenden Frist eine Stundung fällig werdender Steuern sowie eine Anpassung der Vorauszahlungen auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer beantragen.

● **Buchführungsunterlagen**

Sind unmittelbar durch das Hochwasser Buchführungsunterlagen oder sonstige Aufzeichnungen vernichtet worden oder verlorengegangen, so sind hieraus steuerlich keine nachteiligen Folgerungen zu ziehen.

● **Steuererleichterungen bei betrieblichen Einkünften**

Für die Ersatzbeschaffung unbeweglicher und beweglicher Anlagegüter können

unter bestimmten Voraussetzungen Sonderabschreibungen und steuerfreie Rücklagen gewährt werden. Die Sonderabschreibungen können — neben der „Normalabschreibung“ — beim Wiederaufbau von Betriebsgebäuden bis zu insgesamt 30 v. H., bei Ersatzbeschaffung beweglicher Anlagegüter bis zu insgesamt 50 v. H. der (Wieder-) Herstellungskosten oder Anschaffungskosten betragen. Die

Bundesfinanzminister Theo Waigel: Angesichts der katastrophalen Situation in vielen Gebieten Deutschlands werde ich dem Kabinett eine Soforthilfe in Höhe von 30 Millionen Mark vorschlagen.

Gewinnminderung durch Sonderabschreibung und steuerfreie Rücklage darf grundsätzlich insgesamt höchstens 1,2 Mio. DM betragen; sie darf in keinem Jahr 400.000, — DM übersteigen.

Aufwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden an Grund und Boden können sofort als Betriebsausgaben abgezogen werden.

Bei Landwirten, deren Gewinn nach Durchschnittssätzen (§ 13 a des Einkommensteuergesetzes — EStG) ermittelt wird, kann die Einkommensteuer ganz oder zum Teil erlassen werden, soweit die Unwetterschäden den Gewinn beeinflusst haben.

● **Vermietung und Verpachtung**

Aufwendungen bis zu 60.000, — DM für die Beseitigung von Schäden an Gebäu-

Der Bund hilft, wo er nur kann

Anlässlich eines Besuches der hochwassergeschädigten Regionen in Cochem erklärte der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl, zu Hilfen des Bundes:

Der Bund hilft in den von Hochwasser betroffenen Gebieten mit Personaleinsatz rund um die Uhr und mit technischem Material. So hat die Bundesregierung etwa das Technische Hilfswerk, die Bundeswehr und den Bundesgrenzschutz auf Anforderung den betroffenen Bundesländern zur Verfügung gestellt.

Das Technische Hilfswerk ist bundesweit mit einer großen Anzahl freiwilliger Helfer bei Hochwasserlagen im Einsatz. Einsatzstärke und Einsatzorte werden kurzfristig flexibel der jeweiligen Situation angepaßt. Außerdem

stellt der Bund den Ländern Kräfte des Bundesgrenzschutzes zur Hilfe bei Naturkatastrophen zur Verfügung. In Rheinland-Pfalz sind an der Mosel BGS-Beamte im Einsatz. Auch Nordrhein-Westfalen hat BGS-Hilfe angefordert. Hessen verzichtet dagegen bisher auf Unterstützung des BGS.

Über das Steuerrecht

Direkte Finanzhilfen können aus verfassungsrechtlichen Gründen nur von den Ländern gestellt werden. Die Länder haben hier alleinige Zuständigkeit. Zusätzliche Hilfen werden Hochwasserbetroffenen jedoch über das Steuerrecht gewährt. Hochwasserbetroffene können ihre Schäden steuerlich geltend machen. Außerdem ist auf Sonderabschreibungsmöglichkeiten betroffener Betriebe zu verweisen.

den sowie am Grund und Boden können grundsätzlich ohne nähere Nachprüfung als Erhaltungsaufwand abgezogen werden. Aufwendungen größeren Umfangs können gleichmäßig auf zwei bis fünf Jahre verteilt werden. In den Fällen, in denen der Nutzungswert der Wohnung steuerlich nicht zu erfassen ist (selbstgenutztes Wohneigentum), können durch Hochwasserschäden bedingte Erhaltungsaufwendungen wie außergewöhnliche Belastungen (§ 33 EStG) berücksichtigt werden.

● Unterstützung an Arbeitnehmer

Unterstützungen, die von privaten Arbeitgebern unter den Voraussetzungen des Abschnitts 11 Abs. 2 Nrn. 1, 2 und 3 der Lohnsteuer-Richtlinien gezahlt werden,

sind insoweit steuerfrei, als sie 1.500,— DM nicht übersteigen. Übersteigende Beträge gehören ebenfalls nicht zum steuerpflichtigen Arbeitslohn, wenn unter Berücksichtigung der Einkommensverhältnisse und des Familienstandes des Arbeitnehmers ein besonderer Notfall vorliegt.

● Hausrat und Kleidung

Die infolge des Hochwassers notwendigen Aufwendungen für die Wiederbeschaffung von Hausrat und Kleidung können bei der Einkommensteuer (Lohnsteuer) als außergewöhnliche Belastung nach § 33 EStG berücksichtigt werden. Näheres hierzu regelt R 189 der Einkommensteuer-Richtlinien (Abschnitt 95 Lohnsteuer-Richtlinien). ■

Bundesinnenminister Manfred Kanther:

Dank an das THW für den selbstlosen Einsatz im Kampf gegen das Hochwasser

Bundesinnenminister Manfred Kanther hat sich am 27. Januar einen persönlichen Eindruck von der Gefahrenlage in den Überschwemmungsgebieten des Mains verschafft, über den Einsatz der Helfer vor Ort informiert und mit THW-Helfern u. a. vom Ortsverband Seligenstadt gesprochen.

Anlässlich der Unwetterereignisse in dieser Woche war das THW vielfach im Rahmen der örtlichen und überörtlichen Gefahrenabwehr in den Bundesländern Hessen, Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland im Einsatz. Hauptschwerpunkte sind dabei Hessen und Rheinland-Pfalz. Die Einsatzfähigkeit hält zur Stunde an.

In den Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, NRW, Rheinland-Pfalz und Saarland sind rund 50 THW-Ortsverbände mit ihren verschiedenen

Einheiten zur Rettung und Evakuierung von Menschen, Tieren und Sachwerten aus Wassergefahren, zur Dammsicherung, Abstützung unterspülter Bauwerke, zum Bau von Stegen, zur Stromversorgung sowie zu Pumparbeiten eingesetzt. Dabei kamen bundesweit bisher rund 1 000 THW-Helfer zum Einsatz.

Hierzu erklärt Bundesinnenminister **Manfred Kanther:** Ich danke den freiwilligen Helfern des Technischen Hilfswerks für ihr Engagement und den selbstlosen Einsatz für die vom Hochwasser betroffenen Bürger.

Das Technische Hilfswerk ist ein wichtiger Bestandteil des gemeinsamen Hilfeleistungssystems des Bundes und der Länder. Es ist — gerade in der heutigen Zeit — durchaus nicht selbstverständlich, daß sich Bürger freiwillig und ohne jedes Entgelt über lange Jahre aus- und fortbilden lassen, um im Notfall zu helfen.

Auch Bundeswehr im Dauereinsatz

Auf Weisung von Bundesverteidigungsminister Volker Rühle stehen in den vom Hochwasser heimgesuchten Regionen rund 750 Soldaten der Bundeswehr mit Pioniergerät und Schlauchbooten seit Tagen im Dauereinsatz.

Darüber hinaus sind über 2 000 Soldaten zusätzlich in ständiger Alarmbereitschaft. Sie unterstützen die zivilen Behörden und Rettungs- sowie Hilfs-

organisationen der Länder und Kommunen bei den teilweise dramatischen Katastropheneinsätzen.

Bundesverteidigungsminister Volker Rühle hat sich am 26. Januar persönlich über die Einsätze seiner Soldaten an Nahe und Mosel informiert. Er sprach dabei mit den Soldaten, Vertretern der Kommunen und Behörden und vor allem auch mit betroffenen Bürgerinnen und Bürgern.

Johannes Rau taucht immer dann ab, wenn es ernst wird

Bundesminister Friedrich Bohl hat die Ausweitung des „Spionagefalls Wienand“ zum Skandal der SPD erklärt:

Der frühere Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion Wienand steht unter Anklage, für einen fremden Geheimdienst gearbeitet zu haben. Führende SPD-Politiker, wie Johannes Rau, Hans-Jochen Vogel und Egon Bahr, waren bereits 1992 über den dringenden Verdacht von Willy Brandt in Kenntnis gesetzt worden.

Alle drei schwiegen hartnäckig. Sie schwiegen auch, als die Witwe Willy Brandts, Frau Seebacher-Brandt, von Wienand verklagt, vor dem Bonner Landgericht eine Niederlage erlitt, unter anderem deshalb, weil sie ein wichtiges Beweisstück, einen schriftlichen Vermerk Willy Brandts, nicht vorlegen konnte. Johannes Rau wußte von dem Vermerk Willy Brandts über die Spionagetätigkeit

Wienands. Er schwieg und ließ Frau Seebacher-Brandt in der Gerichtsverhandlung gegen Wienand dadurch im Stich. Auch Egon Bahr wußte von den Erkenntnissen Willy Brandts und forderte dennoch Frau Seebacher-Brandt auf, ihre Aussagen über die Spionagetätigkeit Wienands zu widerrufen.

Der „Fall Wienand“ ist zu einem Skandal der SPD geworden. Johannes Rau, Hans-Jochen Vogel und Egon Bahr haben der Glaubwürdigkeit der Politik in hohem Maße geschadet. Johannes Rau ist Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. In dieser Funktion hat er eine politische Vorbildfunktion.

Johannes Rau taucht immer dann ab, wenn es ernst wird. Auch jetzt fehlt ein klärendes Wort. Sonst trifft ihn der Vorwurf, die Wahrheitsfindung zu verhindern. Er ist aufgefordert, sein gesamtes Wissen den Ermittlungsbehörden zu offenbaren.

Generalsekretär Peter Hintze:

Ein politischer Skandal

Die Salami-Taktik der SPD bei der Aufklärung um die Notizen Willy Brandts ist ein politischer Skandal. Die Vorgehensweise der SPD-Führung, sich die Wahrheit stückchenweise aus der Nase ziehen zu lassen, hat offenkundig Methode und Tradition.

Parallelen zur Kieler Schubladenaffäre und zum Verhalten Björn Engholms sind unverkennbar. Bei der

SPD gibt es die Wahrheit nur scheinbar. Es wird immer nur so viel zugegeben, wie der Öffentlichkeit bereits bekannt ist.

Ich fordere die SPD-Führung und insbesondere Johannes Rau auf, die deutsche Öffentlichkeit in dieser Frage nicht länger hinzuhalten, sondern noch vor den Landtagswahlen in Hessen und in Nordrhein-Westfalen alle Fakten auf den Tisch zu legen.

Die kommunistische Plattform hat keineswegs an Einfluß verloren

Zum Berliner Parteitag der PDS erklärte die stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Bundesministerin Angela Merkel:

Das groß angelegte Erneuerungsschauspiel der PDS ist gründlich mißlungen. Das beschlossene Positionspapier enthält vor allem zahlreiche Formelkompromisse, die über die eigentlichen Ziele der PDS hinwegtäuschen sollen.

Die kommunistische Plattform der Partei hat, obwohl Sarah Wagenknecht nicht wieder in den Bundesvorstand gewählt wurde, keineswegs an Einfluß verloren. Das beweisen Aussagen wie, die DDR sei kein Unrechtstaat gewesen, die die angekündigte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit als bloße Sprechblase offenbaren.

Auch die Personalpolitik des Führungszirkels belegt das. So wollten Bisky und Gysi doch allen Ernstes mit André Brie einen Mann zum Bundesgeschäftsführer machen, der 19 Jahre für die Stasi als informeller Mitarbeiter tätig war. Und

mit der Wahl von Angela Marquardt zur stellvertretenden Parteivorsitzenden wurde ausgerechnet eine Frau, die Gewalt zur Erreichung politischer Ziele rechtfertigt, zur angeblichen „Vorbildfigur“ für junge Menschen stilisiert. Allen in der SPD, vor allem die Landesvorsitzenden Ringstorff und Höppner,

Zitat

Der einzige Dienst, den die SED-Fortsetzungsorganisation PDS der deutschen Demokratie erweisen könnte, wäre ihre Selbstauflösung. Das Vermögen sollte den Opfern der SED-Diktatur zugute kommen.

Generalsekretär Peter Hintze

die auf einen Wandel der PDS gehofft haben, muß deutlich geworden sein, daß die PDS weit davon entfernt ist, koalitionsfähig zu sein. Beiträge zur Vollendung der deutschen Einheit sind von ihr jedenfalls nicht zu erwarten.

Zum „Fall Wienand“:

Zweierlei Maß

Man stelle sich vor, einem CDU-Politiker würde vorgeworfen, für einen fremden Geheimdienst gearbeitet zu haben. Man nehme weiter an, durch diese Tätigkeit sei Einfluß auf das innenpolitische Geschehen in Deutschland nicht auszuschließen. Man überlege außerdem, prominente Mitglieder der Partei hätten von einem Verdacht gewußt und

geschwiegen. Würde nicht ein „Skandal!“-Geschrei ausbrechen, würde nicht quer durch die Republik, aus dem Munde von Politikern wie von Medienvertretern, der Ruf nach Konsequenzen erschallen? Man muß davon ausgehen. Unter diesem Aspekt ist der „Fall Wienand“ ein Beispiel dafür, daß gern mit zweierlei Maß gemessen wird — je nachdem, ob das „linke“ oder das „rechte“ Lager vermeintliche Unregelmäßigkeiten zu verantworten hat.

Die Welt

PDS-Parteitag in Berlin probiert die Wende. Aber:

Sonderlich glaubwürdig wirken Abkehr und Aufbruch nicht

Aus den fünf Thesen von Bisky, Gysi und Modrow, beschlossen auf dem Berliner PDS-Parteitag vom 27.—29. Januar:

● Zum sozialistischen Charakter der PDS

„Der sozialistische Charakter der PDS ist in ihrer Geschichte begründet. ... Er resultiert aus unserer Überzeugung, daß die kapitalistischen Gesellschaftsstrukturen die großen Menschheitsfragen nicht nur nicht gerecht, sondern gar nicht lösen können.“

● Zum Oppositionscharakter der PDS

„Die PDS strebt einen demokratischen, sozialen, ökologischen und zivilgesellschaftlichen Wandel der Bundesrepublik Deutschland an, der den Weg zur Überwindung der Kapitalvorherrschaft, der Umweltzerstörung, der Ausbeutung der sogenannten dritten Welt und jeglicher Großmachtspolitik öffnet.

Daraus ergibt sich, daß die PDS in prinzipieller Opposition zu den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland steht. (...) Die Frage, ob eine Parlamentsfraktion der PDS sich innerhalb des Parlaments in eine Oppositionsrolle, in eine Situation der Tolerierung einer Regierung oder in eine Koalitionsrolle begibt, berührt nicht das prinzipielle Oppositionsverständnis der PDS.“

● Zum Pluralismus in der PDS

„Die PDS strebt eine pluralistische Gesellschaft an. (...) Nationalistische, chauvinistische, rassistische, antisemitische Auffassungen sind mit der Mitgliedschaft in der PDS unvereinbar. (...) Als sozialistische Partei kann und darf die PDS nicht antikomunistisch sein. Sie ist nicht bereit, auf demokratisch-kommunistische Positionen in ihren Reihen zu verzichten.“

● Verhältnis der PDS zur Geschichte

„... Die PDS stellt sich der gesamten Geschichte der deutschen und internationalen sozialistischen Bewegungen. (...) Wir werden der These vom „Unrechtsstaat“ widersprechen, weil sie in ihrer Konsequenz bedeutet, der DDR das Existenzrecht abzuspochen und ihren Bürgerinnen und Bürgern vorzuwerfen, sich auf ein Leben in der DDR auf der Grundlage ihrer Verfassung und Gesetze eingestellt zu haben.“

● Das Verhältnis der PDS zur SPD und zu Bündnis 90/Die Grünen

„Seit dem außerordentlichen Parteitag der SED im Dezember 1989 haben wir uns trotz unterschiedlicher politischer Aussagen immer für eine sachliche Zusammenarbeit mit der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen ausgesprochen. Dabei wird es auch bleiben...“

Pressestimmen

- „PDS-Basis bremst den Reformeifer der Parteispitze“
(WAZ, 30. Januar)

- „Stalinismus-Streit spaltet die PDS weiter“ (Die Welt, 30. Januar)

- „Zerrissene PDS“

„... und in besonders krasser Weise hat der Verlauf des dreitägigen PDS-Parteitags deutlich gemacht, daß die Parteibasis zu großen Teilen noch weit entfernt ist von den hehren Überzeugungen ihrer Führung. Selten war die Distanz zwischen verjüngter Spitze und betagtem Fußvolk so groß wie auf dieser Veranstaltung. (...)“

Doch die gezielten Warnschüsse aus den Reihen der orthodoxen Kommunisten und all jener, die dem Ziel einer modernen, demokratischen Linkspartei innerlich fernstehen, sollten dem Vorstand zu denken geben. Daß sein Personaltableau aus bekennenden Reformern arg gerupft wurde, belegt drastisch die innere Zerrissenheit der Partei. Mit dem inneren Widerstand der grauen Masse hinter Gysis bunt-schillernder Truppe wird die Partei wohl noch auf lange Sicht leben müssen.

(General-Anzeiger, Bonn, 30. Januar)

- „Wenig glaubwürdig“

„Sonderlich glaubwürdig allerdings wirken Abkehr und Aufbruch vorerst nicht, zu groß erscheint das Beharrungs- und im Zweifel auch Durchsetzungsvermögen derer, die nach wie vor den alten Strukturen nachhängen.“ (Rheinische Post, 30. Januar)

- „Der Anfang vom Ende der PDS“

„Die PDS hat keine der dringenden Fragen geklärt. ... Die PDS kann sich nicht entscheiden zwischen hü und hott, nicht zwischen vorwärts und rückwärts; das wird die PDS zerreißen. ... Das wahre Ergebnis (des Parteitags) sieht nämlich so aus: Die

alten Kräfte werden wieder stark. ... Die alten SED-Funktionäre gewinnen wieder an die Macht. Gerade die superben Wahlerfolge der PDS haben, mangels einer neuen Führungsschicht, den alten Apparatschikflügel wieder gestärkt. Der reformerische Teil der PDS hat nämlich weder die Logistik noch das Personal, die Wahlerfolge umzusetzen; er ist auf die alten Kräfte angewiesen. ... Man kann nicht mit der SED-Vergangenheit brechen und zugleich an ihr anknüpfen.“

(Süddeutsche Zeitung, 30. Januar)

- „So bleibt Mißtrauen in die Wandlungsfähigkeit der Partei. Eine Schlange, die sich häutet, bleibt eben immer noch eine Schlange.“ (Berliner Kurier, 30. Januar)

- „Die Narretei, noch immer nicht von kommunistischen Utopien geheilt zu sein, steht jedem frei. Doch bei der PDS insgesamt geht es nicht um Narreteien, sondern um eine gefährliche Mischung aus unbewältigter Vergangenheit, trickreicher Verschleierung und eingängiger Melodie nach der Methode Rattenfänger. Der kommunistische Wolf hat doch die Kreide der Abkehr vom Stalinismus gefressen.“

(Die Welt, 30. Januar)

Generalsekretär Peter Hintze im Tagesgespräch/SWF 1 am 30. Januar:

„Sie ist auch keine Nachfolgepartei der SED, sondern sie ist eine SED-Fortsetzungspartei, die sich eben nur zur Tarnung einen anderen Namen gegeben hat. (...) Die PDS bleibt ein trojanisches Pferd, Frau Wagenknecht sitzt jetzt nicht mehr auf dem Rücken, sondern sitzt im Bauche drin. Aber das spielt gar keine Rolle. Für mich ist politisch entscheidend, wie sich in Zukunft die SPD verhält, ob sie dieser Partei weiterhin den Weg der Reinwaschung ermöglichen will oder ob sie endlich klar sagt: Nein, mit dieser Partei können wir nicht mehr zusammenarbeiten.“

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Tiefpunkt der Geschmacklosigkeit

Bundeskanzler Helmut Kohl hat an den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Intendant Prof. Albert Scharf, Bayerischer Rundfunk, München, nachstehendes Schreiben gesandt:

In der Sendung „Monitor“ vom 26. Januar 1995 wurde eine als „historisches Gespräch“ angekündigte Satire über ein Telefonat zwischen Präsident Jelzin und mir zur Lage in Tschetschenien ausgestrahlt.

Nach dieser Sendung sind zahlreiche empörte Reaktionen von Zuschauern im Bundeskanzleramt eingegangen. Nach den mir inzwischen vorliegenden Informationen über diese Sendung habe ich für diese Empörung vollstes Verständnis. Dieser Beitrag belegt einmal mehr den Verlust an journalistischer Qualität in bestimmten Bereichen des Westdeutschen Rundfunks. Daran, daß ich vom WDR und seinen Mitarbeitern persönlich verunglimpft und ins Lächerliche gezogen werde, habe ich mich seit langem gewöhnt. Dies berührt mich in Kenntnis der handelnden Personen nicht.

Der Tiefpunkt der Geschmacklosigkeit ist allerdings dadurch erreicht, daß der WDR Leid und Elend der Menschen in Tschetschenien zum Instrument seiner mißglückten satirischen Versuche macht.

In Kenntnis der Tragik dieses Krieges und der Opfer ist den für diese Sendung Verantwortlichen jedes Gespür für Anstand und Würde verlorengegangen.

Angesichts der aktuellen Diskussion über den Bestand des öffentlich-rechtlichen Fernsehens und speziell der ARD stellt sich mir vor diesem Hintergrund einmal mehr die Frage, inwieweit sich der Fortbestand der ARD damit rechtfertigen läßt, daß diese ihrer kulturellen und gesellschaftspolitischen Verantwortung gerecht wird und dadurch einen Beitrag zur Qualität der Medienkultur unseres Landes leistet. Ich vermag dies dem Bürger, der gezwungen ist, für den Bestand der ARD Gebühren zu zahlen, nicht zu vermitteln.

Eine Kopie dieses Schreibens habe ich dem Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, Herrn Friedrich Nowotny, zur Kenntnis übersandt. Wegen der Bedeutung des Vorganges werde ich den Brief außerdem der Öffentlichkeit übergeben.

Heinz Eggert übt scharfe Kritik an Höppner

Der stellvertretende Bundesvorsitzende und sächsische Innenminister, Heinz Eggert, hat schnell reagiert und die Überlegungen des Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Reinhard Höppner, zu möglichen Koalitionen mit der PDS scharf kritisiert.

In Dresden sagte der Politiker am 30. Januar: Wer mit der PDS ins Bett geht, muß sich nicht wundern, wenn er anschließend den antidemokratischen Virus in die Republik trägt. Höppner hatte am Wochenende Koalitionen mit der PDS nicht für alle Zeit ausgeschlossen.

Geheimhaltung gilt auch für Struck

Zum ersten Mal hat der Bundestag einen Politiker von Bündnis 90/Die Grünen in die Parlamentarische Kontrollkommission zur Kontrolle der Nachrichtendienste gewählt. Der Abgeordnete Such hatte zuvor erklärt, er werde die Vertraulichkeit dieses Gremiums wahren.

Joachim Hörster, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Es besteht allerdings Anlaß zu der Frage, wie es die SPD mit der Vertraulichkeit hält.

„Plappern gehört zum Handwerk.“ An diesen Spruch mag der SPD-Abgeordnete Struck gedacht haben, als er sich in seiner Eigenschaft als Mitglied der Parlamentarischen Kontroll-Kommission zu den Erkenntnissen des BND bezüglich des Todes von Uwe Barschel öffentlich in einem Rundfunkinterview äußerte. Dabei hat er leider übersehen, daß Mitgliedschaft in der PKK und Diskretion untrennbar miteinander verbunden sind.

Darüber hinaus haben seine Äußerungen auch mehr zur Verwirrung als zur Klärung des Sachverhaltes beigetragen.

Während der SPD-hörige Lübecker Oberstaatsanwalt Wille zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für ein Fremdverschulden am Tode Uwe Barschels konstatiert, bezeichnet Struck dies als reine Spekulation.

„Reine Spekulation“?

Nun wird die Formel „reine Spekulation“ in Bonn gegenüber den Medien gerne in dem Sinne verwendet, daß ein berichteter Sachverhalt zutrifft, jedoch nicht offiziell bestätigt werden kann oder soll.

Will Struck die SPD mit diesem Interview auf die für sie unangenehme Wahrheit vorbereiten, daß in Kürze Enthüllungen zu erwarten sind, weil die These vom Selbstmord Uwe Barschels als Eingeständnis seiner Schuld immer fragwürdiger wird?

CDU/CSU hat den Koalitionsentwurf zu Paragraph 218 neu eingebracht

Mit Mehrheit hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in ihrer Fraktionssitzung am 24. Januar beschlossen, den in der vergangenen Legislaturperiode vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Koalitionsentwurf eines Schwangeren- und Familienhilfegesetzes wieder einzubringen.

Damit ist die Fraktion dem Votum sowohl der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend als auch dem Votum der Gruppe der Frauen gefolgt. Diesem Gesetzentwurf hatte der Deutsche Bundestag bereits am 26. Mai 1994

zugestimmt. Er scheiterte jedoch an der SPD im Vermittlungsausschuß. Maria Eichhorn, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Der vorliegende Gesetzentwurf eines Schwangeren- und Familienhilfegesetzes hält sich eng an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Daher ist es richtig, ihn erneut in die Beratungen einzubringen. Fest steht auch, die Regelungen zur embryopathischen Indikation bedürfen einer Klarstellung. Hierzu werden wir einen eigenen Änderungsantrag einbringen.

Staatssekretär Horst Waffenschmidt:

Gemeindefinanzreform historische Chance für Städte und Gemeinden

Zur aktuellen Diskussion um die Kommunalfinanzen erklärte Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Die in diesen Tagen viel diskutierte Gemeindefinanzreform, angeboten von der Bundesregierung, ist eine historische Chance für die Kommunen in Deutschland. Städte und Gemeinden sollten sie wahrnehmen. Die Kommunalen Spitzenverbände sind aufgerufen, die Chance offensiv zu ergreifen, die die Bundesregierung jetzt anbietet: Für Gewerbesteuer unmittelbare Beteiligung an der Mehrwertsteuer!

Der Plan der Bundesregierung hat viele günstige Folgen für die kommunalen Haushalte, z. B.:

1. Die Mehrwertsteuer ist eine Wachstumssteuer. In der modernen Dienstleistungsgesellschaft hat sie Zukunft. Die Gewerbesteuer ist im vereinten Europa eine Steuer ohne Zukunft!
2. Die Mehrwertsteuerbeteiligung schafft solidere Finanzgrundlagen für die Kommunen, weil sie weniger konjunkturanfällig ist als die Gewerbesteuer mit ihren bekannten Schwankungen beim Aufkommen!
3. Auch bei der Mehrwertsteuerbeteiligung kann kommunale Gewerbeförderung belohnt werden, indem es für zusätzliches Investitionskapital und zusätzliche Lohnsummen vor Ort mehr Mehrwertsteuerbeteiligung gibt.
4. Sehr bedeutsam ist, daß die Städte und Gemeinden unmittelbar, d. h. ohne

Einflußnahme oder Bewilligungsverfahren der Länder an der Mehrwertsteuer beteiligt werden sollen.

Für die erste Stufe kommt voraussichtlich ein Übergangsschlüssel in Betracht, mit dem der Besitzstand der Kommunen bis zum Vorliegen der endgültigen Schlüssel Daten gewahrt werden soll. Der Ausgleich der Steuermindereinnahmen von Bund und Ländern soll durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage im Unternehmensbereich, insbesondere durch steuerlichen Subventionsabbau erfolgen.

Geboten ist jetzt, daß die Kommunalen Spitzenverbände mit Bund und Ländern Einzelheiten dieser Reform sobald wie möglich abstimmen, denn der erste Schritt der Reform soll am 1. 1. 1996 in Kraft treten.

Aufbruch im Umbruch

48. ordentliche Bundesdelegiertenversammlung des RCDS vom 3. bis 5. März 1995 in Freising

Bei dieser größten jährlichen Veranstaltung des RCDS werden 250 Studentenvertreter aus dem gesamten Bundesgebiet erwartet. Auf der diesjährigen Bundesdelegiertenversammlung, unter dem Leitmotiv „Aufbruch im Umbruch“, werden die Themen Hochschulstruktur- und Studienreform und Umbau des Wirtschafts- und Sozialsystems im Zentrum der Anträge und Diskussionen stehen. Daneben wird ein neuer Bundesvorstand gewählt.

Wuermeling-Paß auch 1995

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer (Hamburg), und der Berichterstatter für den Verkehrshaushalt, Wolf Bauer, erklärten zu Fahrpreisermäßigungen für kinderreiche Familien:

Wir begrüßen die Entscheidung der Deutschen Bahn AG, auch im Jahre 1995 die Fahrpreisermäßigungen für kinderreiche Familien (sog. Wuermeling-Paß) fortzuführen. Damit ist für das Jahr 1995 sichergestellt, daß auch kinderreiche Familien kostengünstig die Bahn nutzen können.

Bei der Beratung des Verkehrshaushaltes 1995 im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages stellen die Verkehrspolitiker der CDU/CSU-Fraktion fest, daß für diese Leistungen im ordnungspolitischen Sinne keine Zuständigkeit des Verkehrsetats gegeben ist. Vielmehr besteht eine sachliche Zuordnung zur Familienpolitik. Daher sollte für den Haushalt 1996 im Etat des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ein Haushaltsansatz für Lei-

stungen des Wuermeling-Passes eingestellt werden.

Die Deutsche Bahn AG darf auf Dauer nicht durch familien- und sozialpolitische Leistungen belastet werden. Es bleibt eine unternehmerische Entscheidung der Bahn AG, in welcher Form sie den Kundenstamm der kinderreichen Familien mit attraktiven Angeboten für Reisen mit der Bahn gewinnen wird.

Kinderfreundlich

Die Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hannelore Rönsch, erklärte zu den Fahrpreisermäßigungen für kinderreiche Familien:

Diese Maßnahme der Bahn-AG wird von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe Verkehr der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sehr begrüßt. Eltern mit Kindern können damit nicht nur kostengünstig, sondern auch kinderfreundlich reisen, ohne physischen und psychischen Belastungen im Straßenverkehr ausgesetzt zu sein.

Schüler Union lehnt Rechtschreibreform ab

„Die Schüler Union Deutschlands lehnt die geplante Rechtschreibreform ab. Sie fordert den Bundesinnenminister und die mit Kultusangelegenheiten befaßten Minister der Bundesländer auf, der Reform ihre Zustimmung zu versagen und damit ihr Inkrafttreten zu verhindern.“ Diesen Beschluß, den der Bundeskoordinationsausschuß der SU auf seiner letzten Sitzung in München

einstimmig faßte, erläuterte Bundesvorstandsmitglied Christian Burkičzak: „Die geschriebene Sprache ist nicht ein einfacher Gebrauchsgegenstand, sondern Bestandteil der Kultur und Tradition eines Volkes. Daher kann die Rechtschreibung Veränderungen nur durch natürliche Entwicklungen erfahren, aber nicht durch ministerielle Erlasse.“

Chancengleichheit für alle Kinder

Unter der Leitung seines Bundesvorsitzenden, Rainer Eppelmann, hat der Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) Grundsätze zur Neugestaltung des Familienleistungsausgleichs beschlossen:

Ein neuer wirkungsvoller, sozial gerechter und der Verfassung entsprechender Familienleistungsausgleich kann mit dem bisher diskutierten Finanzvolumen für Kinderfreibetrag und Kindergeld nicht finanziert werden.

Deshalb fordert die CDA:

1. Wir wollen den bestehenden Familienlastenausgleich aus Kinderfreibeträgen im Einkommenssteuerrecht, Kindergeld und Kindergeldzuschlag zu einem sozial ausgewogenen und gerechten Familienleistungsausgleich fortentwickeln. Dafür müssen mehr Finanzmittel bereitgestellt werden, als bisher geplant sind.

2. Die Freistellung des Existenzminimums von Besteuerung ist keine Leistung des Staates an die Eltern, also auch keine Familienförderung im engeren Sinne.

3. Wir wollen Chancengerechtigkeit für alle Kinder. Deshalb muß im Ergebnis die Förderung jedes Kindes durch den Familienleistungsausgleich für alle Einkommensschichten gleich hoch sein. (Siehe Ziffer 85 des Berliner Programms der CDU von 1968).

4. Die künftige Regelung muß einfach und durchschaubar sein. Die Familien müssen klar wissen, was sie an Förderung erhalten.

5. Wir wollen möglichst nur eine Anlaufstelle für die Förderung des Familienleistungsausgleichs, dem auch ein einheitlicher Einkommensbegriff zugrunde gelegt werden muß. Den bürokratischen Aufwand wollen wir verringern.

Soziale Gerechtigkeit für alle Familien mit Kindern

ist der Leitsatz von Beschlüssen, die der Bundesvorstand der Frauen-Union auf einer Klausurtagung unter der Leitung seiner Bundesvorsitzenden, Rita Süßmuth, erarbeitet hat.

Bei der Fortentwicklung zu einem sozial gerechteren Familienleistungsausgleich hat sich die Frauen-Union auf folgende Eckpunkte verständigt:

1. Im Ergebnis muß die Entlastungswirkung bei jeder Familie pro Kind gleich sein.

2. Die Finanzierung kann durch Steuern oder Umschichtung erreicht werden.

3. Die künftige Regelung muß einfach und durchschaubar sein. Die Familien müssen klar wissen, was sie an Förderung erhalten.

4. Wir wollen möglichst nur eine Anlaufstelle für alle Geldleistungen; die verschiedensten Einkommensbegriffe dieser Leistungen sollen vereinheitlicht werden. Den bürokratischen Aufwand wollen wir verringern.

Vergleichsmietensystem in den neuen Bundesländern beschlossen

Die in den neuen Bundesländern notwendigen Mieterhöhungen werden so ausgestaltet, daß sie mit der Erhöhung der Einkommen Schritt halten und sich langsam an das in Westdeutschland übliche Vergleichsmietensystem annähern.

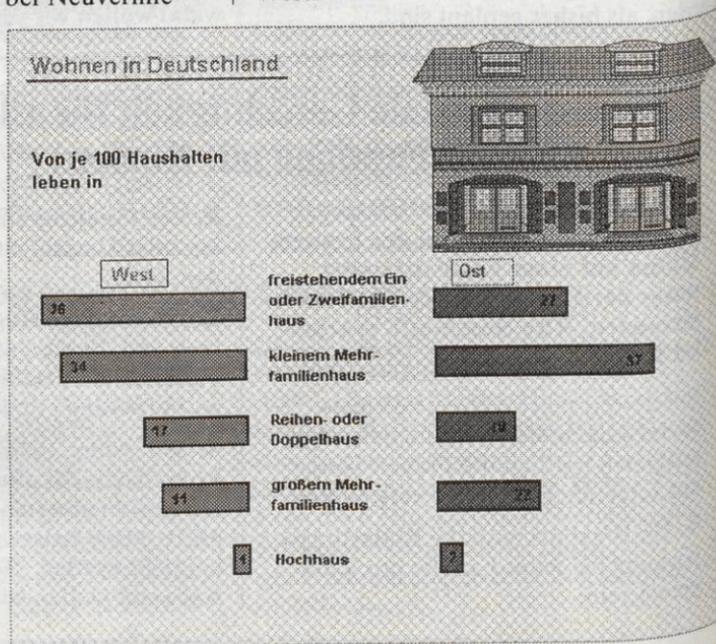
Darauf haben sich Bundesbauminister Klaus Töpfer und die Bauminister aus den neuen Bundesländern geeinigt. Zum 1. Juli 1995 soll das Vergleichsmietensystem auch in den neuen Bundesländern eingeführt werden. Zur Vermeidung von sozialen Problemfällen ist eine Verbesserung des Sonderwohngeldes vorgesehen.

Je nach Qualitätsstandard oder Lage der Wohnung ist für einen Übergangszeitraum von zwei bis drei Jahren eine Erhöhung der Grundmieten von maximal 20 Prozent möglich. Auch bei Neuvermietungen wird es eine

Kappungsgrenze geben. Um Luxussanierungen zu vermeiden, ist für Modernisierungen eine Mieterhöhung von höchstens drei DM pro Quadratmeter vorgesehen. In den Obergrenzen enthalten ist die Tilgung der Altschulden der ostdeutschen Wohnungsunternehmen, die allein mit etwa einer DM pro Quadratmeter angesetzt wird.

75 Prozent der Mieter in den neuen Bundesländern halten

deshalb die Mietbelastung für angemessen oder tragbar. Im vergangenen Jahr sind die durchschnittlichen Einkommen der ostdeutschen Arbeitnehmer um über 200 DM gestiegen, die Netto-Kaltmieten liegen mit 4,75 DM pro Quadratmeter aber nur 0,65 DM über dem Vorjahresniveau. 62 Prozent aller befragten Mieter wären bereit, monatlich ca. 2,40 DM pro Quadratmeter mehr Miete zu zahlen, wenn entsprechende Investitionen durchgeführt würden und damit der Wohnwert stiege. Bisher lag die Modernisierungumlage in den meisten Fällen nur bei bis zu einer DM pro Quadratmeter. Deshalb muß der durchschnittliche ostdeutsche Miethaushalt nur 20 Prozent seines verfügbaren Einkommens für Wohnkosten aufbringen, fünf Prozent weniger als im Westen.



„Amnestie“ heißt Verdrängung

Die Diskussion um eine sog. „Amnestie“ für Straftäter des SED- und Staatssicherheitsregimes der ehemaligen DDR wird immer heftiger und in mancher Frontlage auch immer undurchschaubarer.

Der ehemalige Verfassungsrichter Mahrenholz wittert bei manchen Politikern „Siegermentalität“. Richard Schröder meint, eine Diktatur lasse sich nicht gerichtlich aufarbeiten, da „in einem kollektiven Zwangssystem sich individuelle Schuld nur schwer korrekt zuweisen läßt. Die Diktatur ist das Zwielficht, in dem alle waren“. Noch weiter geht etwa die Justizministerin von Sachsen-Anhalt Schubert, wenn sie kategorisch erklärt, „Wer nicht exzessiv gehandelt hat, der hat sich DDR-konform verhalten“, dürfe also nicht vor Gericht gestellt werden.

Daß andere, wie jüngst wieder Egon Krenz, schließlich an der Legitimation der Justiz des wiedervereinigten Deutschlands überhaupt zweifeln, Unrecht ehemaliger DDR-Täter zu ahnden, sei nur am Rande erwähnt. Denn solche Argumente stellen ohnehin nichts anderes als — ebenso untaugliche wie uneinsichtige — Schutzbehauptungen wahrhaft Verantwortlicher dar. Daß auf gleicher oder ähnlicher Linie vor allem Vertreter der PDS zu argumentieren suchen, sei dabei nur am Rande erwähnt.

Alles in allem: Man ruft nach „Amnestie“ oder nach einem „DDR-Schlußgesetz“ (Scharping, Bahr) und reklamiert hierfür — sei es aus Opportunismus, sei es aus Scheinheiligkeit oder sei es auch nur aus einem Maß an Rechtsblindheit — den „inneren Frieden“, den man mit einem solchen Schlußstrich herzustellen suche. Vergessen wird bei alledem schon, daß im Einigungsvertrag — gerade auf

Wunsch der Vertreter der ehemaligen DDR — ein sehr klares Votum zugunsten einer auch strafrechtlichen Aufarbeitung ehemaligen SED-Unrechts vereinbart wurde. Verdrängt wird, daß für diese Frage ausdrückliche Verjährungsregelungen geschaffen wurden. Vergessen wird, daß schließlich selbst die Gauck-Behörde noch längst nicht alle Akten der ehemaligen Staatssicherheit hat sichten, geschweige denn aufarbeiten können.

Am schlimmsten ist jedoch, daß man über die Opfer jenes 40jährigen totalitä-

Von Rupert Scholz, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

ren Systems kaum zu reden bereit ist. Sind es nicht aber eigentlich und zunächst die Opfer, nach deren Votum zu fragen wäre? Eine gleichsam „von oben verordnete Versöhnung“ zwischen Opfern und Tätern versöhnt gerade nicht. Denn Versöhnung fordert zunächst Kenntnis von konkreten Unrechtstatbeständen, von konkreten Tätern, von Unrechtsfolgen und nicht zuletzt auch das Schuldbekenntnis oder die Entschuldigung des Täters gegenüber dem Opfer. Von alledem wird jedoch kaum gesprochen. Eher im Gegenteil. Wer etwa die Worte von Karin Schubert oder auch Richard Schröder wörtlich nimmt, der muß eigentlich davon ausgehen, daß zwischen Opfern und Tätern im ehemaligen DDR-System überhaupt nicht unterschieden werden konnte. Unbestreitbar ist, daß mancher Täter auch gleichzeitig Opfer war, wenn er etwa zu einer bestimmten Straftat gepreßt wurde.

Aber dies festzustellen, heißt gerade über eine unabhängige Justiz nach individueller Schuld und individueller Verantwortung zu fragen. Verallgemeinernd Opfer und Täter mehr oder weniger in das diffuse Licht scheinbar kollektiver Ununterscheidbarkeit zu versetzen, versagt vielen Opfern nicht nur die erwartete und versprochene Genugtuung, sondern wird von diesen mit Sicherheit als ein Akt entweder neuen oder perpetuierten Unrechts empfunden werden.

Natürlich kann die Justiz nicht allein 40 Jahre totalitären Unrechts aufarbeiten. Ihre Aufgabe ist es jedoch, individuelle Schuld festzustellen und gerade auf der Grundlage dessen für den rechtsstaatlich geforderten Ausgleich zwischen Opfern und Tätern zu sorgen. Hierin liegt eine zentrale Aufgabe des Rechtsstaates, die mit ebensoviel Konsequenz wie Augenmaß erfüllt werden muß. Beides leistet die Justiz. Selbst wenn ihre Mühlen mitunter langsam mahlen, bleibt sie konsequent.

Augenmaß wahrt sie vor allem dort, wo sie in einer Fülle von sog. „Bagatellfällen“ bereits im Vorfeld auf Anklagen verzichtet, die Verfahren also einstellt. Auch dies wird von vielen Apologeten einer „Amnestie“ nicht beachtet oder übersehen. Heißt „Amnestie“, wie sie hier gefordert wird, nicht in Wahrheit „Amnesie“,

wie Heinz Eggert mit Recht konstatiert hat? Amnesie heißt Verdrängung. Eine auf Verdrängung gegründete Amnestie ist in Wahrheit nur eine Schein-Amnestie und ihrerseits mit Sicherheit unfähig, einen wirklichen Beitrag zum inneren Frieden zu bewirken. Die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley hat vor einiger Zeit beklagt, man habe in der ehemaligen DDR auf „Gerechtigkeit“ gehofft, aber nur den „Rechtsstaat“ bekommen. So mißverständlich diese Äußerung schon in sich ist, sie könnte tatsächlich Bedeutung erlangen, wenn das vielfach heuchlerische und ebenso oft opportunistische Gerede von der „Amnestie“ nicht bald beendet wird. Gerade ein funktionierender Rechtsstaat lebt von der unabhängigen Justiz, ihrer Gerechtigkeitsfunktion, ihrem Ausgleich zwischen Opfern und Tätern und ihrer damit wahrhaft friedensstiftenden Rolle.

Beschädigen wir dies alles nicht! Schon einmal in diesem Jahrhundert haben wir Deutschen uns mit der auch justizmäßigen Aufarbeitung eines totalitären Systems, nämlich des Nationalsozialismus, äußerst schwergetan, leiden wir bis auf den heutigen Tag an den Defiziten mancher zu rasch oder zu einseitig vorgenommenen Verdrängung. Hüten wir uns davor, den gleichen Fehler noch einmal zu begehen.

Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland

Ein Diskussionsforum des EAK zum Konsultationsprozeß der Kirchen

● Samstag, 4. März 1995, 10 bis 14 Uhr, im Saalbau Essen, Festsaal, Huyssenallee 53, 45128 Essen mit Vertretern aus Kirche, Politik und Wirtschaft u. a. mit:

● Bundesminister Jochen Borchert, Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU

- Bundesminister Norbert Blüm
- Hermann Gröhe
- Ministerin Christine Lieberknecht

Informationen und Anmeldung beim Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU unter

Telefon (0228) 544-305 und Telefax (0228) 544-586

Gegen Aktenschließung und Amnestie für DDR-Straftaten

Zu den Äußerungen des brandenburgischen Justizministers Bräutigam und aus weiteren SPD-Kreisen erklärte der Sprecher der ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten, der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Krüger:

Die ostdeutschen CDU-Abgeordneten wenden sich entschieden gegen eine Amnestie für DDR-Straftaten. Amnestiert werden können nur Straftaten, die auch bekannt sind.

Amnestie (wörtl.: Vergebung) kann nur von einem breiten Konsens bei den Bürgern in den neuen Ländern und mit Zustimmung der Opfer der SED-Diktatur akzeptiert und getragen werden. Für schwere Menschenrechtsverletzungen durch Mord, Totschlag und Folterung kann es keine Amnestie geben.

Die häufig geforderte Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit setzt eine breit angelegte Aufklärung über Straftaten und Täter voraus.

Die Vergangenheit darf auch deshalb nicht verschleiert werden, um diejenigen auf Dauer zu entlasten, die unschuldig

sind. Die Opfer des DDR-Unrechts haben einen Anspruch darauf, daß dieses Unrecht individuell, objektiv und in einem strikt rechtsstaatlichen Verfahren aufgearbeitet werden kann.

Mit einer weitreichenden Amnestie werden nicht nur die wirklichen Übeltäter entlastet, sondern auch die große Masse der Unschuldigen hätte keine Möglichkeit, sich von Verdachtsmomenten zu befreien.

Der Prozeß der Aufarbeitung ist in vollem Gang und sollte von Außenstehenden nicht beeinflusst oder gar beendet werden. Hier geht es neben der Frage des Einsatzes für die Opfer und für die Aufklärung von Unrechtstaten um die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaates.

In diesem Zusammenhang wende ich mich auch gegen Vorschläge der brandenburgischen SPD, die sogenannte Regelanfrage für Beamte abzuschaffen. Es ist gänzlich unakzeptabel, daß Menschen, die als Angestellte des öffentlichen Dienstes erheblich Verantwortung für andere Menschen zu tragen haben, nicht auf ihre Integrität in der Vergangenheit überprüft werden sollen.

Kein Schlußstrich

Eduard Oswald, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Wir werden uns allen Bestrebungen, von welcher Seite auch immer, die darauf abzielen, einen Schlußstrich unter die Aufarbeitung der SED-Diktatur in Deutschland zu ziehen, entschieden widersetzen. Deshalb fordere

ich die Fortführung der Arbeit der Enquete-Kommission zur „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“.

Aufgabe der Enquete-Kommission in dieser Legislaturperiode muß nicht nur die Aufarbeitung der Geschichte der DDR bis zum 2. Oktober 1990 sein, sondern auch die geistig-politische Auseinandersetzung mit dem PDS-Sozialismus.

Politische Tagesarbeit soll stärker Europapolitik berücksichtigen

Der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gero Pfennig, erklärte nach dem Treffen der Arbeitsgruppen „Europäische Union“ und „Auswärtiges“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament:

Das Treffen am 24. Januar in Bonn hat im wesentlichen drei konkrete Ergebnisse gebracht. In Zukunft soll es eine weitere Vertiefung und Intensivierung der Zusammenarbeit und Koordination zwischen den CDU/CSU-Abgeordneten im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament geben. In der politischen Tagesarbeit soll eine stärkere Betonung der europapolitischen Gesichtspunkte stattfinden. Und für die Folgekonferenz zur Revision des Maastrichter Vertrages soll ein Prioritätenkatalog ausgearbeitet werden.

1. Nur durch eine stärkere Verzahnung der parlamentarischen Arbeiten in beiden Parlamenten und eine stärkere Verknüpfung zwischen dem Deutschen Bundestag und dem Europäischen Parlament auf allen Entscheidungs- und Arbeitsebenen können die Rechte beider Parlamente vollständig für die weitere Demokratisierung der Europäischen Union genutzt werden. Die Europapolitiker der CDU/CSU sind übereingekommen, künftig bei den Gesetzgebungsverfahren möglichst vom Entwurfstadium bis zur Gesetzesreife intensiv zusammenzuarbeiten. Eine zentrale Bedeutung erhalten dabei die direkten und bilateralen Konsultationen zwischen den einzelnen Sachberichterstattern und den fachpolitischen Sprechern und Experten der CDU/CSU in

Bonn und Brüssel. Zur Arbeiterleichterung und einfacheren Kontaktaufnahme sind korrespondierende Verantwortlichkeiten festgelegt worden. Insgesamt wurde eine ganze Reihe konkreter Verbesserungsvorschläge für eine effizientere und schnellere Entscheidungsvorbereitung von CDU/CSU-Seite vereinbart.

2. Die Europapolitiker der CDU/CSU haben sich dafür ausgesprochen, in der politischen Tagesordnung stärker als bisher die europapolitischen Gesichtspunkte zu betonen. Europäische Gesetzgebungs-

Ganz wichtig: Die Bürgerinnen und Bürger müssen besser informiert werden und brauchen mehr Hinweise auf europäische Zusammenhänge.

themen und Fragestellungen bestimmen die aktuelle Politik in weitaus größerem Maße, als dies in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Eine bessere Information der Bürgerinnen und Bürger und der Hinweis auf europäische Zusammenhänge bedürfen einer höheren Priorität. Wie wichtig eine stärkere Wahrnehmung europapolitischer Gesichtspunkte ist, wurde bei der sehr ausführlichen Diskussion um Fragen der inneren Sicherheit und äußeren Sicherheit deutlich. Diese Fragen, die auf europäischer Ebene im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Justiz- und Innenpolitik erörtert werden, sind entscheidend für die Zukunft Deutschlands und Europas. Die CDU/CSU will im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern deutlich machen, daß es Sicherheit

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Einzig das Interesse an der Thematik ist entscheidend. Die Zugehörigkeit zu einer ganz bestimmten „Zielgruppe“ wird für die Teilnahme nicht vorausgesetzt. Das sind zwei Kriterien, die für die hochrangig besetzten „Eichholzer Foren“ gelten.

Eines der nächsten Angebote:

Veranstaltung Nr. 162:

Kinderfreundlichkeit und Familienförderung als Aufgaben für Staat und Gesellschaft,

Eichholzer Forum, 15. bis 17. März 1995

Einige der Themen:

- Demographischer Wandel, Deutsche Einheit — Thesen zur Soziologie des Umbruchs
- „Ein neuer, satter Antifamilienton“ — Ehe und Familie zwischen Egoismus, Überforderung und Zynismus
- Nach der Revolution — Neue Identitäten für Ehe, Kinder und Familie:

Soziale Beziehungen „wie im Westen“

● Kinderfreundlichkeit, Familienförderung und „Umbau des Sozialstaats“

● Das Selbstverständnis der Frauen und die Zukunft der Familie

● Das Familienurteil des Bundesverfassungsgerichts — Wegweiser zur familienpolitischen Strukturreform des Sozialstaats

● Wertewandel, gesellschaftliche Umbrüche und Familie — Der einzelne zwischen „egoistischem“ und „kooperativem“ Individualismus

Weitere Informationen/
Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung
Politische Bildung
Bildungszentrum Eichholz
Postfach 1331
50387 Wesseling
Fax: (0 22 36) 7 07-230

... nur durch Europa gibt und dafür eine funktionsfähige politische Union existieren muß.

3. Die Europapolitiker der CDU/CSU wünschen sich im Vorfeld der Folgekonferenz 1996 zu Maastricht eine breite öffentliche Debatte. Sie sind der Meinung, daß die Verwirklichung von mehr Bürgernähe und größerer Transparenz, die Steigerung der Effizienz der Entscheidungsprozesse und der Handlungsfähigkeit der Europäischen Institutionen und die Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips zentrale Themen sind, die in der ganzen Gesellschaft intensiv diskutiert werden müssen.

Die Europapolitiker der CDU/CSU

haben davor gewarnt, die Folgekonferenz zu Maastricht mit zu vielen und zu weitgehenden Forderungen zu überlasten. Sie wollen sich auf einen Prioritätenkatalog verständigen, der einige, aber dafür sehr bedeutende Forderungen enthalten soll. Die Diskussion in der breiten Öffentlichkeit, in Staat und Gesellschaft ist für die CDU/CSU-Europapolitiker eine notwendige Voraussetzung zur Erstellung dieses Prioritätenkatalogs und für die Akzeptanz der Ergebnisse der Folgekonferenz von Maastricht in der Bevölkerung.

Der rund dreistündige intensive Gedanken- und Meinungsaustausch zwischen den CDU/CSU-Europapolitikern wird am 6. Februar in Brüssel fortgesetzt. ■

Die EVP wird größer

Der Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP) soll bei seiner nächsten Sitzung am 9. März 1995 über die Aufnahme neuer Parteien aus den skandinavischen Ländern und Österreichs entscheiden.

Bereits während des letzten EVP-Gipfeltreffens im Dezember 1994 wurde der Weg für die Aufnahme neuer, auch nicht traditionell christdemokratischer Parteien in die EVP geebnet.

Die volle Mitgliedschaft beantragt haben bereits die schwedische Kristdemokratiska Samhällspartiet (KDS) und die österreichische ÖVP, beides christdemokratische Parteien, sowie die gemäßigte finnische Partei Kokoomus. Enge Verbundenheit besteht außerdem mit der schwedischen Moderata Samling (MS) und der norwegischen Høyre Partei. Beide Parteien sind ausgeprägt pro-europäisch und haben sich für den Beitritt

ihrer Länder zur EU engagiert. Die Programme dieser großen Volksparteien aus Skandinavien decken sich in wesentlichen Punkten mit dem Programm der EVP. Auch aus Ungarn liegen Anträge der beiden christdemokratischen Parteien KDNP und MDF für eine assoziierte Mitgliedschaft in der EVP vor. Beide Parteien engagieren sich intensiv für die Stabilität ihres Landes und seine Annäherung an Europa.

Klaus Welle: Die Entwicklung der EU wird auch die EVP um neue Ideen bereichern.

Der Generalsekretär der EVP, **Klaus Welle**, sagte hierzu, es bestehe Einigkeit darüber, daß eine Vergrößerung der EVP mit der Erweiterung der EU und auch im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung ein wichtiger und notwendiger Schritt ist, der die EVP um neue Ideen bereichern werde.

Neuer Pressedienst der EVP

Mit einer Probeausgabe zum Thema Neuaufnahme weiterer Mitgliedsparteien hat die EVP auf Anregung ihres Generalsekretärs Klaus Welle am 23. Januar einen Presse-Dienst gestartet, der ab Februar wöchentlich einmal die wichtigsten Nachrichten aus Europa den nationalen Parteien zum Nachdruck anbieten wird.

Der neue Nachrichten-Service soll den Publikationen der Mitgliedsparteien dabei behilflich sein, Informationen über europäische Politik und vor allem über die Arbeit der EVP noch einfacher und schneller zu erhalten, als das bisher der Fall war, und möglicherweise

zu einer regelmäßigen Berichterstattung über Europa anregen, wo sie bisher noch nicht stattfindet.

Die „EVP-NEWS“, so heißt die neue Dienstleistung der EVP, werden in Deutsch, Französisch, Englisch, Italienisch und später auch in Spanisch angeboten. Bezug und Nachdruck sind kostenlos. Themenwünsche sind willkommen und werden gerne aufgegriffen.

Daniela Senk, seit Januar Mitarbeiterin im EVP-Sekretariat, nimmt jeden Vorschlag gern entgegen: Tel. (0 03 22) 537 25 89.

Das starke Team für Hessen



DAS STARKE TEAM mit Manfred Kanther an der Spitze tritt am 19. Februar zu Landtagswahlen an, um Hessen mit Tatkraft und Entschlossenheit wieder nach vorn zu führen. Mit dem Slogan „Besser für Hessen“ verdeutlicht die Hessen-Union, daß sie mit Manfred Kanther als Ministerpräsidenten-Kandidaten den besseren Mann, mit diesem starken Team die bessere Mannschaft und mit dem Regierungsprogramm die bessere Politik den Menschen in Hessen anbietet.

Auf dem Foto oben von links nach rechts: Hartmut Nassauer MdEP, Petra Roth, wohnungsbaupolitische Sprecherin der LT-Fraktion, Franz Josef Jung, Parlamentarischer Geschäftsführer der LT-Fraktion, Hannelore Rönsch, stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Manfred Kanther, Bundesinnenminister und Ministerpräsidenten-Kandidat, Dirk Metz, Pressesprecher CDU Hessen/LT-Fraktion, Roland Koch, Fraktionsvorsitzender im Hessischen Landtag, Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Inge Velte, frauenpolitische Sprecherin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Volker Bouffier, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und innenpolitischer Sprecher.

Fotos: Braselmann

Aktuelle Handbücher und Leitfäden

● Leitfaden: Mitgliederwerbung

Über die Notwendigkeit, neue Mitglieder für die CDU zu gewinnen, gibt es keinen Zweifel. Situationsbeschreibungen, Schuldzuweisungen oder Rechtfertigungsgründe im Zusammenhang mit zurückgehenden Mitgliederzahlen gibt es viele. Um auf diese Herausforderung zu reagieren, wurden bereits im letzten Jahr viele Veranstaltungen unter dem Motto „Zeit zum Mitmachen. Ergreifen Sie Partei“ durchgeführt. Es konnten dadurch viele neue Mitglieder gewonnen werden, die sich mit Engagement für Demokratie und gegen Radikalismus von links und rechts einsetzen. Der vorliegende Leitfaden enthält keineswegs Patentrezepte für steigende Mitgliederzahlen, aber er zeigt Wege bzw. Aktionsformen auf, die sich in vielen CDU-Verbänden bereits bewährt haben. Erste Statistiken aus dem vergangenen Jahr bestätigen den Aufwärtstrend in Verbänden mit besonders intensiver basisnaher Parteiarbeit.

— Zur Nachahmung empfohlen —

Bestell-Nr.: 6591

Mindestbestellmenge: 5 Expl.

Preis je 5 Expl.: 16 DM

Zusätzlich gibt es noch drei weitere Broschüren, die Ihnen wichtige Informationen und Tips zur Zielgruppenarbeit mit Frauen oder jungen Menschen geben:

● Politik weiblich — Themen, Tips, und Fakten

Bestell-Nr.: 4602

Mindestbestellmenge: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 15 DM

● Jugend im geeinten Deutschland

Bestell-Nr.: 4590

Mindestbestellmenge: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 15 DM

MITGLIEDERWERBUNG

Leitfaden

Teil 1:

Zielgruppenansprache

Teil 2:

Aus Gästen werden Mitglieder

ZEIT Ergreifen
Sie Partei!
ZUM
MITMACHEN!
CDU

● Let's talk about you

(aktualisierte Version)

Damit Politikverdrossenheit nicht länger als Zustand akzeptiert wird, hinter dem man sich verstecken kann, ist es wichtig, die Parteiarbeit vor Ort individuell und zielgruppenorientiert zu gestalten. Der vorliegende Leitfaden zur Zielgruppenarbeit mit Jugendlichen wurde gemeinsam von CDU und Junger Union erarbeitet und zeigt neue Wege im Dialog mit Jugendlichen auf. Zusätzlich enthält dieser Leitfaden auch eine umfangreiche Adressensammlung von Institutionen, die bei der Zielgruppenarbeit hilfreiche Informationen geben können.

Bestell-Nr.: 4758

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 15 DM

Mehrere hundert CDU-Verbände haben über die Schnuppermitgliedschaft neue Mitglieder erhalten. Der überraschende Erfolg dieser Aktion bestätigt uns, daß sie von den Bürgerinnen und Bürgern positiv angenommen wird. Der Erfolg dieser Aktion liegt unter anderem in der individuellen und bürgernahen Ausgestaltung. So werden z. B. bereits auf den Schnupperfaltkarten individuell die Ziele Ihres CDU-Verbandes abgedruckt. Alle notwendigen Informationen zum Thema Schnuppermitgliedschaft finden Sie in dem Leitfaden zur Mitgliederwerbung.



Wenn Sie auch in Ihrem CDU-Verband Schnupperaktionen durchführen wollen, dann können Sie bei folgender Adresse zum Preis von 77 DM 1000 Expl. Ihrer individuellen Schnupperfaltkarten bestellen:

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abt. Information
Friedrich-Ebert-Allee 73—75
53113 Bonn
Fax (02 28) 544-4 11

● Schnupper-Pin

Die Symbolfigur der Schnuppermitgliedschaft ist auch als Pin erhältlich und wird mittlerweile nicht nur von Schnuppermitgliedern getragen.

Bestell-Nr.: **9594**
 Verpackungseinheit: 25 Expl.
 Preis je 25 Expl.: 27,50 DM

Liebe Mitbürgerinnen!

Liebe Mitbürger!

Kommunalpolitik lebt vom Mitmachen!

Wir möchten Sie einladen, bei uns mitzumachen. Dazu brauchen Sie nicht sofort Mitglied zu werden. Schnuppern Sie einmal in die CDU hinein. Machen Sie mit. Gemeinsam können wir die Probleme in den Griff bekommen.

Wir wollen:

- X** die Finanzen in Ordnung bringen
- X** die thermische Verwertung des Mülls
- X** eine vernünftige Verkehrsanbindung
- X** einen leistungsfähigen ÖPNV
- X** die Schulvielfalt erhalten

Schnuppern Sie mal bei uns.



Abgeben oder einschicken an:

CDU-Kreisverband
Marburg-Biedenkopf
Gisselberger Straße 17
35037 Marburg

CDU

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Schnuppern Sie mal bei uns ...

CDU

Unser Angebot: Werden Sie »Schnupper-Mitglied«

- X** 6 Monate - zeitlich begrenzt, beitragsfrei und ohne weitergehende Verpflichtung.
- X** Sie erhalten alle Informationen und Einladungen - wie ein CDU-Mitglied.
- X** Auf allen Veranstaltungen haben Sie Rederecht, Vorschlagsrecht und Mitwirkungsrecht (kein Wahlrecht).

Ihr Ansprechpartner:



Diese Wandzeitung dient zur Unterstützung der Schnupper-Mitgliederaktion und kann bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Information bezogen werden.

UID

4/1995

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 5307-189. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementspreis jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.